

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Leipzig, Nr. 20.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Weißen, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postfachkonto: Dresden 1530
Verlagsort: Riesa, Nr. 52.

Nr. 277.

Montag, 28. November 1921, abends.

74. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, monatlich 8.— Mark ohne Zustellgebühr. Einzelnummer 50 Pf. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 45 mm breite, 8 mm hohe Grundchriftzeile (7 Silben) 2.— Mark, Cridpreis 1,75 Mark; gelbdruckender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, Nachweisungs- und Vermittlungsgebühr 75 Pf. Besondere Tarife, Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Verbreitungsanstalten — hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Renger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Weststraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Dähnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesa.

Der Waldwärter Emil Schäfer in Glaubitz hat angesetzt, daß er seine am 11. August 1921 unter Nr. 25 des Jagdartenverzeichnisses für das Jagdjahr 1921/22 ausgestellte Jagdscheinkarte verloren hat.
Großenhain, am 25. November 1921.
Die Amtshauptmannschaft.

Wochenmarkt-Handel und Verkauf von guten, billigen Gold- und Jugendwaren in der Volkshauserei Gröba, geöffnet jeden Dienstag nachm. 5—7 Uhr.

Strohverkauf in Gröba.

Mittwoch, den 30. November 1921, vorm. 8 bis nachm. 4 Uhr wird auf unserem Rittergute Merzdorf Roggenstroh an Gröbaer Einwohner zum Preise von 20 Mark für den Zentner verkauft.

Infolge des Mangels an Stroh einerseits und der großen Nachfrage andererseits kann an jeden Haushalt nur 1 Zentner Stroh abgegeben werden. Anweisungen auf Stroh sind im Gemeindeamt, Zimmer Nr. 6, zu entnehmen. Gröba (Elbe), am 26. November 1921.
Der Gemeindevorstand.

Der Hahn als Adler.

Wer die politische Lage, so wie sie sich seit dem Friedensvertrage präsentiert und wie sie sich mit aktueller Klarheit namentlich jetzt, im Zusammenhang mit der Washingtoner Konferenz, darstellt, macht plötzlich eine fast groteske Entdeckung. Er sieht mit einem Mal, daß fast der entscheidende Teil alles politischen Geschehens und aller politischen Tatbestände aus dem spanischen Dummheit einer Nacht zweiten Ranges herrührt, die Rolle einer Nacht ersten Ranges zu spielen. Diese Nacht ist Frankreich.

Frankreich ist heute an Volkszahl die fünfte Macht Europas. Es häufert hinter Rußland, Deutschland, England und Italien; als nächste Nachfolger reißen sich unmittelbar schon Polen und Rumänien an. Nichts desto weniger erhebt dieses Land Anspruch auf das stärkste Land der Welt, und was ihm an eigener Volkskraft abgeht, sucht es durch Militarisierung Airas auszugleichen. Frankreich ist ein Land, dessen Bevölkerung sich im Gegensatz zu allen übrigen Ländern Europas nicht vermehrt, das also absolut kein wirkliches Bedürfnis nach Siedlungsraum für etwaigen Menschenüberfluß hat; nichts desto weniger erhebt es Anspruch auf das größte Kolonialreich, das die Welt außer dem englischen kennt, und sein Hunger nach Neuerwerb von souveränem Gebiet und Interessensphären ist unheimlich. Frankreichs Industrie ist weit weniger vital und leistungsfähig, als diejenige Amerikas, Englands, Deutschlands oder sogar Japans; nichts desto weniger behauptet es unaufrichtig nach weiteren Rohstoffquellen, deren Ausnutzung seine Industrie gar nicht gewachsen wäre, und es verlangt Hemmungen für die deutsche Konkurrenzindustrie, deren Weltfunktion seinerseits zu übernehmen es keineswegs imstande wäre. Frankreichs Stellung zur See ist aus historischen und geographischen Gründen weit weniger bedeutungsvoll als diejenige Englands, Amerikas oder Japans; nichts desto weniger geben von seiner Seite beständige Überstände aus gegen den maritimen Abrüstungsplan Washingtons aus und seine Ansprüche belaufen sich auf nichts Geringeres als auf eine Flotte von gleicher Stärke, wie sie das Inselreich Japan, das vereint am Ozean liegt, das eine um 50 Prozent größere Bevölkerung besitzt und eine weit expandiertere Industrie, gegenwärtig und in Zukunft sein eigen nennt.

Es ist ein grotesker Zustand, daß die Begierde eines einzelnen Staates nach einem Rang, der ihm politisch verloren gegangen ist, die ganze Welt dauernd in Erregung hält. Wir sehen die Folgen dieses Auftretens in Washington, wo der eine Mann Briand sich der Gesamtheit fast aller übrigen Nationen widerlegen zu können glaubt. Wir sehen sie in der Reparationsfrage, in der Frankreich immer wieder die Wege verbaut, die England schon längst zu beschreiten wüßte und deren Wohlgeschmecken das britische Reich allein an Arbeitslosenunterstützung (für fast 2 Millionen Arbeitslose) in einem einzigen Jahre mehr kostet, als es in 30 Jahren an Reparationsquoten zu beanspruchen hat. Wir sehen diese Folgen in der türkischen Frage, in der Frankreich ganz auf eigene Faust und ohne jede Rücksichtnahme auf seinen großen Verbündeten Verträge abgeschlossen hat, die einer Verlängerung des vorliegenden Kriegszustandes gleichkommen. Wir sehen sie in der Verhandlung des russischen Problems, in dem Frankreich die weitest renitenteste Rolle spielt und offensichtlich mit Geld und Katschlagen hinter jedem Unternehmen steht, das die Konsolidation der russischen Verhältnisse von innen heraus fördert. Es gibt keine Suppe, die in der Welt gekocht wird, an der teilhaben und deren Zusammenziehung mit zu bestimmen, Frankreich nicht beansprucht. Der gallische Dahn, ein relativ kleiner und trotz seines Sieges schwer zerruppter Vogel, legt im großen Tiergarten der Weltfamilie ein Betragen an den Tag, als ob er ein ebenso stolzer und kräftiger Adler sei, wie einige seiner näheren oder weiteren Nachbarn.

Man muß sich fragen, wie lange diese — die wirklichen Mächte — soch tatsächlichen Prestigebedürfnis der französischen Politik und des französischen Staatswesens noch freie Hand lassen werden, wie lange sie sich mit verzeihender Großmut noch von dem Kleinen terrorisieren lassen werden, der das Bedürfnis in sich fühlt, zu den Großen gerechnet zu werden. Es ist schwer, über den Zeitraum Vorauszagen zu treffen. Aber das eine läßt sich doch mit Sicherheit sagen: die Welt beginnt dieses Spiel zu müde zu werden. Wilsons Antwortrede an Briand und noch mehr Lord Curzons letzte Rede, die Frankreich vor moralischer Vereinsamung warnte, sind deutliche Anzeichen dafür. Wenn Frankreich seine jetzige Methode fortsetzt, wenn der gallische Dahn nicht davon abläßt, den Adler zu spielen, so muß und wird es sich auf die Dauer die freundschaftliche Grogmut seiner ehemaligen Kriegsgenossen verdienen. Der gallische Dahn hat im Wesentlichen nur auf einem einzigen Aste: auf der Sympathie, die das französische Volk und seine Kultur aus Gründen, die hier nicht näher erörtert werden sollen, in der Welt genießen. Aber die jetzige Methode des Quai d'Orsay und der französischen Vabligkeit sagen mit verblender Energie an diesem Aste. Wenn sie es so weiter treiben, so wird er eines Tages zusammenbrechen, und der gallische Dahn wird dann zu seinem Schrecken bemerken, daß er schon deshalb kein Adler ist, weil er nicht einmal mehr fliegen kann.

Die Washingtoner Konferenz.

Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus Washington wird möglicherweise die Konferenz in der ersten Dezemberhälfte vertagt werden, um den Delegierten Gelegenheit zu geben, Weihnachtsgeld in der Heimat zu verbringen. In gut unterrichteten Kreisen der Konferenz wird mitgeteilt, die endgültige Verhandlung über das Verhältnis der Flottenkreistkräfte der Vereinigten Staaten, Japans und Englands werde in der nächsten Woche erzielt werden und zwar werde der ursprüngliche Plan angenommen werden. Die Unterseebootsfrage sei die einzige, über die noch keine Verhandlung unter den Delegierten herrsche.

Dem „Echo“ wird aus Washington gemeldet, die Rede Curzons habe dort wie eine Bombe eingeschlagen. Man habe darin einen Stoß gegen das bereits allschweigend getroffene Abkommen erblickt, das Problem der Abrüstung zu Lande nicht ernstlich zu behandeln. In Kreisen der französischen Delegation verheißelt man nicht, daß jeder Versuch, auf der Konferenz die Debatte von Mittwoch wieder zu eröffnen, die Zurückziehung der französischen Delegation zur Folge haben würde.

Die „Newport Herald“ aus Washington erzählt, hat Präsident Harding sich mit mehreren Teilnehmern an der Konferenz über die Möglichkeit künftiger internationaler Konferenzen und die Entwicklung einer Gesellschaft der Nationen besprochen. Dem Harding'schen Entwurf fehlten jedoch, heißt es in der Meldung weiter, alle Eigenschaften eines formellen Vorklages. Er sei nur als persönliche Anregung mitgeteilt worden ohne jede Andeutung einer Einzelheit. — Der Führer der französischen Delegation in Washington erklärte einem Vertreter der „Associated Press“, der Plan des Präsidenten Harding, wenn möglich, neue internationale Konferenzen zusammenzubringen, um die großen Weltprobleme zu lösen, finde seine vollkommene Billigung. Er sei überzeugt, daß die europäischen Völker nicht glaubten, daß der Gedanke des Präsidenten in die Rechte des Völkerbundes eingreifen könne. Es sei bedauerlich, wenn Amerika, da es den Völkerbund nicht anerkenne, sich isoliert fühlen würde. Ueber die Möglichkeit der Teilnahme Deutschlands an diesen Konferenzen sprach sich Harding wie folgt aus: Ich kann mich nur auf meine Rede in Genf beziehen, in der ich mich gegen den Eintritt Deutschlands in den Völkerbund aussprach. Frankreich wird warten, bevor es mit Deutschland, das diese Rechte offensichtlich verlehrt hat, auf dem Stande der Gleichheit über Menschenrechte diskutiert, bis es seine Reue durch sorgfältige Aufrichtigkeit kundgegeben hat.

Deutschland und die Abrüstungskonferenz.

Der deutsche Geschäftsträger in Washington, von Thermann, hat der amerikanischen Regierung mitgeteilt, daß Deutschland bereit sei, eine Delegation nach Washington zu schicken, die bevollmächtigt sein soll, die von Briand gewünschten Garantien für Deutschlands friedfertige Absichten zu geben. Gleichzeitig hat Thermann mitgeteilt, daß Deutschland eine Besprechung der Frage der Reparationen für bringend und richtig ansehe, denn eine Durchführung des jetzigen Zahlungsprogramms würde nur dazu führen, daß in Wirklichkeit niemand etwas erhält. Die Bemühungen, Deutschland einzuladen, Vertreter nach Washington zu schicken, gehen auf die Vereinigten Staaten und England zurück. Von amtlicher amerikanischer Seite wird versichert, daß man der deutschen Regierung amtlich zu verstehen gegeben habe, sie möge alle Vorbereitungen für die Entscheidung einer kleinen wirtschaftlichen und militärischen Delegation treffen, der das Recht angetan werden soll, die Pläne der Abrüstung zu prüfen und die Frage der Reparationen offen zu erörtern. Präsident Harding hat die Absicht, Deutschland in die neu zu schaffende Völkervereinigung einzubeziehen, die den Völkerbund ersetzen soll. Diese neue Völkervereinigung soll nach den Plänen Harding's die Vereinigung aller Nationen in einer losen Organisation sein, die nicht das Recht haben soll, irgend welche Eingriffe in die Souveränität eines Staates vorzunehmen.

Protest gegen Briand.

Der „Welt Post“ läßt sich aus Berlin berichten, daß Reichskanzler Wirth ursprünglich die Absicht gehabt habe, auf die Rede Briands in Washington zu antworten. Der Reichskanzler habe aber davon Abstand genommen. Dafür sei von dem Kabinett beschlossen worden, dem amerikanischen Geschäftsträger Drexel zur Übermittlung an Staatssekretär Hughes, den Vorschlag der Abrüstungskommission, eine Note zu übergeben. In dieser an Amerika gerichteten Note protestiert Deutschland gegen die Rede Briands, insbesondere gegen die von Briand aufgestellten Behauptungen über angeblich in Deutschland bestehende militärische Geheimorganisationen.

Französisch-italienischer Konflikt.

Briand soll nach einer italienischen Quelle bei den Washingtoner Beratungen dem italienischen Delegierten Schanzer zugerufen haben: „Ihr sprecht von Abrüstung, weil Ihr nicht imstande seid, ein Meer zu halten, nicht etwa aus Friedensliebe. Ihr wollt Euer Meer verkleinern, nicht weil Ihr abrüsten wollt, sondern weil Euer Meer in Auflösung begriffen ist. Eure Abrüstung ist die Frucht der moralischen Demotivation des italienischen Meeres.“ In Italien herrscht über diese Herausforderung Briands große Erregung.

Zunächst einmal hat man verschiedene Konsultationen eingeschlagen, einen amtlichen Vertreter Frankreichs handgreiflich geohrfeigt und sich südländisch temperamentvoll zusammengerotzt, um auf diese nicht mißzuverstehende Art gegen die moralische Ohrfeigung der italienischen Armee durch Herrn Briand zu protestieren. Der italienische Delegierte Schanzer hat nun die Briand zugedrehte Antwort dementiert. Die Besprechungen in der Kommission seien zwar immer lebhaft, aber stets korrekt gewesen. Briand hat wiederholt den französischen Standpunkt bekräftigt. Ich habe erneut mit Nachdruck den italienischen Standpunkt auseinandergesetzt. Briand habe aber kein Wort gesprochen, das auch nur im entferntesten beleidigend sein könnte.

Savas berichtet, in Pariser diplomatischen Kreisen werde der Gegensatz zwischen der Aube der französischen öffentlichen Meinung und dem Geisteszustand des italienischen Volkes anlässlich der unwahrscheinlichen Meldung, die sofort dementiert worden sei, hervorgehoben. Man war in Paris unangenehm überrascht, als am Tage nach dem Dementi die italienischen Zeitungen noch die Falschmeldung besprochen und weitere französisch-italienische Auseinandersetzungen stattfanden. Man hege in Paris die Überzeugung, daß diese in keiner Weise gerechtfertigte Haltung Italiens gegen Frankreich nicht andauern werde.

Kenworthy in Berlin.

Der „Lokalanzeiger“ und die „Montagspost“ veröffentlichten Unterredungen mit dem englischen Unterhausmitglied Kenworthy, der gegenwärtig in Berlin weil. Kenworthy erklärt, der einzig mögliche Ausweg aus dem wirtschaftlichen Chaos in Europa bestehe in der Schaffung der Vereinigten Staaten von Europa. Dieser Gedanke habe freilich bei den Regierungen und bei der breiten Masse der Völker noch immer auf den heftigsten Widerstand. Was aber schon heute erreichbar sein müßte, das sei der internationale Zusammenschluß von Wirtschafts- und Finanzkreisen zu einer gemeinsamen planmäßigen Sanierungsaktion. Für besonders dringend hält Kenworthy ein gemeinsames Vorgehen in Rußland, um die Bodenschätze dieses Reiches insbesondere Sibiriens zu heben. Ueber die wirtschaftliche Lage Deutschlands äußerte sich Kenworthy sehr zurückhaltend. Er glaube nicht, daß Deutschland über die Januar- und Februar-Rate hinaus Reparationszahlungen werde leisten können. Auch im eigenen Interesse der Gläubiger müsse man fordern, daß eine Stundung bewilligt wird.

Die englische Note über das Angora-Abkommen.

Nach einer Savasmeldung aus London hat der französische Botschafter am Sonnabend vormittag die Note der englischen Regierung über das Abkommen von Angora erhalten. Soweit bekannt, verzeichnet das Dokument zunächst die Versicherung der französischen Regierung, daß sie die Regierung von Angora durch das mit ihr getroffene Abkommen weder de jure noch de facto anerkenne. Es wird zur Kenntnis genommen, daß die französische Regierung jedem Angriff auf Mesopotamien Widerstand leisten werde. Der durch das Abkommen gesicherte Schutz der Minderheiten sei aber in der Hauptsache theoretisch und müßte bei einem allgemeinen Abkommen über die Levante verankert werden. Schließlich spiele das Londoner Kabinett auf seine Vororgane hinsichtlich der Regelung des griechisch-türkischen Konflikts an und frage sich, ob der Augenblick für ein Eingreifen gekommen sei. 160 französische Senatoren haben an den Ministerpräsidenten Briand einen Brief gerichtet, in dem sie ihre Verurteilung über die Folgen des Abkommens von Angora Ausdruck geben. Sie weisen auf die Gefahren hin, denen das unter französischem Mandat stehende Syrien ausgesetzt sei, wenn Alexandretta unter dem Bereich der türkischen Kanonen liege. Außerdem beantragte der Gedanke einer zu raschen Räumung von Cilicien. Die Senatoren verlangen deshalb Schutz der christlichen Bevölkerung und Sicherung der Rechte der Minderheiten, bevor die französischen Truppen Cilicien verlassen.

Eine Rede Poincarés.

Der ehemalige Präsident der französischen Republik Poincaré hielt gestern bei einem vom Nationalen Club veranstalteten Bankett eine Rede, in der er u. a. sagte: Die deutsche Nation habe Hilfsquellen, die sich jeden Tag vergrößerten. Man habe allen Anlaß anzunehmen, daß an dem Tage, an dem die Internationalisierte Kontrollkommission aufgehoben werde, jenseits des Rheins eine rasche Umstellung erfolgen werde durch ein ungeheures Material des Schreckens, der Vergeltung und des Mordes. Frankreich habe vor seinen Toren ein zentralisiertes und vereinigt Deutschland, dessen Bevölkerung viel zahlreicher bleibe wie die Frankreichs und dessen beherrschender Geist sich noch nicht wesentlich geändert habe.

Die „einheitliche Kampffront“.

In Berlin war die Abhaltung einer Betriebsräte-Vollversammlung geplant. Am Freitag abend ist der entsprechende Antrag abgelehnt worden. Daraus dürfte den Herrn Kommunisten etwas Wasser in ihren Wein anfallen.